

Betreff:

**Bericht zu den Ergebnissen der Braunschweiger Pflegekonferenz
gemäß § 4 des Niedersächsischen Pflegegesetzes (NPflegeG) vom
15.03.2023**

Organisationseinheit:

Dezernat V
0500 Sozialreferat

Datum:

24.05.2023

Beratungsfolge

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

01.06.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Mit der diesjährigen Braunschweiger Pflegekonferenz gelang ein erfolgreicher Wiederauftakt für das in Braunschweig traditionsreiche Austauschformat. Präsentiert und beraten wurde ein breites Spektrum von Themen rund um den Schwerpunkt Personalmangel in der Pflege und pflegenahen Berufsfeldern.

Der zentrale Vortrag "Business as usual? Strategien zur Personalrekrutierung in der Pflege" von Prof. Dr. Slotala (Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt) bot einen allgemeinen Problemaufriss zu den Beschäftigungszahlen professioneller Pflegekräfte sowie zur Entwicklung der Ausbildungsquoten verschiedener Bundesländer. Abweichende Strategiemerkmale und förderliche bzw. hemmende Faktoren wurden identifiziert und herausgestellt. Die Möglichkeiten und Erfolgsaussichten der Werbung und Integration ausländischer Pflegefachkräfte wurden beleuchtet. Die Plenumsdiskussion zu diesem und allen weiteren Vorträgen fand jeweils unter engagierter Beteiligung der Konferenzteilnehmer:innen statt.

Die nachfolgenden Beiträge des Sozialreferates gaben Aufschluss über die aktuellen Zahlen der Pflegestatik sowie die Zahl Beschäftigter in Braunschweiger Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten. Berichtete Ergebnisse einer Befragung der Braunschweiger Pflegeschulen ermöglichten einen Einblick in die Erfolge und Probleme der Zusammenführung der pflegerischen Berufsausbildung in einen einheitlichen Ausbildungsgang (generalistische Pflegeausbildung). Anhand des präsentierten Konzeptentwurfes "Kooperations- und Serviceportal Pflege- und Assistenzberufe Braunschweig" wurde aufgezeigt und diskutiert, wie den Problemen der Pflegeschulen und der generellen Personalnot im Pflegebereich begegnet werden kann.

Der Bekämpfung des Fachkräftemangels war auch ein Impulsreferat der Allianz für die Region gewidmet. Breite Unterstützung fand die "Erklärung der Braunschweiger Pflegeeinrichtungen – für eine faire Personalwerbung", mit der im Sinne einer freiwilligen Selbstverpflichtung für den Verzicht auf aggressive Abwerbestrategien geworben werden soll. Die Geschäftsführung der Pflegekonferenz wurde beauftragt, die Erklärung an die Braunschweiger Kliniken, Pflegeeinrichtungen und -dienste heranzutragen. Darüber hinaus wurde die zur Abstimmung gestellte überarbeitete Geschäftsordnung der Pflegekonferenz einstimmig angenommen.

. . .

Als Ergebnis der Veranstaltung zeichnet sich ab, dass sich der auch von Braunschweiger Einrichtungen eingeschlagene Weg der Werbung ausländischer Pflegefachkräfte als zielführend erweist. Mit der Allianz für die Region steht ein wichtiger Partner hierfür zur Verfügung. Angesichts der weiter steigenden Zahl Pflegebedürftiger bleibt die Herausforderung jedoch groß. Die Idee die Personalwerbung durch mehr und bessere Informationen zu den Berufsfeldern der Pflege zu stärken und eine zentrale Anlaufstelle in Braunschweig zu schaffen, wird in einem in Anbahnung befindlichen Arbeitskreis der Pflegekonferenz weiterverfolgt. Die Erklärung "Faire Personalwerbung" wird bekannt gemacht und den hiesigen Trägern zur Zeichnung vorgelegt. Die Themen der Impulsvorträge Innovative (quartiersorientierte) Versorgungskonzepte, Pflegenetzwerk und Entlassmanagement werden im Rahmen von bestehenden oder sich konstituierenden Arbeitskreisen, Netzwerken oder Runden Tischen weiterbearbeitet. Ergebnisse werden in der nächsten Pflegekonferenz vorgestellt.

Zu beherzigen sind die von Prof. Slotala aufgezeigten Grundsätze. Demnach kann die Personalnot in der Pflege insbesondere durch wirtschaftliche Anreize, durchlässige Schulwege und Ausbildungsgänge, den Ausbau von Ausbildungskapazitäten, professionelles Personal Recruitment und (noch mehr) regionale Kooperation bekämpft werden. Letzteres insbesondere mit dem Ziel der Steuerung und Beratung – besonders hier wird sich auch das Sozialreferat weiter einbringen.

Dr. Rentzsch

Anlage/n:
keine